

**Jahrespressekonferenz der
Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Dortmund
am 10. April 2024**

IHK-Präsident Heinz-Herbert Dustmann

- Es gilt das gesprochene Wort –

Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Jahrespressekonferenz der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund. Ich freue mich sehr, Sie heute hier begrüßen zu können. Heute legen wir Ihnen den Jahresbericht 2023 vor.

Was hat uns bewegt? Welche Themen haben uns beschäftigt? Wir möchten auf das zurückliegende Jahr zurückblicken, aber auch den Blick nach vorne werfen.

Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit

Zunächst einmal möchte ich auf ein Thema eingehen, das mir persönlich und vermutlich auch Ihnen sehr am Herzen liegt.

Der Wirtschaft geht es schlecht. Die Politik der Bundesregierung lässt viele Wünsche offen oder setzt falsche Maßstäbe. Das mag man schlecht finden und gerne auch kritisieren. Als IHK-Organisation legen wir selbst oft den Finger in die Wunde, wenn wir das Gefühl haben, dass die Anforderungen und berechtigten Ansprüche unserer Unternehmen nicht hinreichend beachtet werden.

Konstruktive und sachliche Kritik gehört zu unserer Demokratie und freie Meinungsäußerung ist ein hohes Gut.

Aber die Stimmung in Deutschland steht auf der Kippe. Hinter vielen Meinungsäußerungen verbergen sich Hass, Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus. Und das lehnen wir entschieden ab.

Als NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur am 14. März zu Gast in der IHK war, um der Westfälischen Kaufmannsgilde zum 100. Geburtstag gratulieren, zog sie historische Parallelen zum Jahr 1924.

Wir haben zwar keinen Weltkrieg hinter uns, aber auch damals war die gesellschaftliche Verunsicherung groß, die Inflation hoch (natürlich höher als heute) und die Zukunft für viele Menschen eher ungewiss.

Man darf solche Vergleiche nicht überstrapazieren. Aber wir sollten auf der Hut sein. Politischer Extremismus hat leider kein Verfallsdatum und pluralistische Demokratie ist keine absolute Selbstverständlichkeit.

Sie mögen sich vielleicht wundern, aber wir sprechen nicht nur aus innerer persönlicher Überzeugung, sondern wir folgen auch dem IHK-Gesetz. Dort heißt es in § 1: „Die Industrie- und Handelskammern haben für die Wahrung von Anstand und Sitte der ehrbaren Kaufleute, einschließlich deren sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung, zu wirken.“

Die aktuellen politischen Debatten und öffentlichen Aktionen machen es notwendig, diese Haltung der Wirtschaft nochmals darzustellen und zu verdeutlichen.

In der letzten Sitzung unserer IHK-Vollversammlung haben wir deshalb folgendes Statement verabschiedet.

„Die IHK zu Dortmund steht für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit. Nur auf Basis unseres Grundgesetzes und rechtsstaatlicher Prinzipien kann eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik im Sinne der sozial-ökologischen Marktwirtschaft existieren.

Eine Politik, die einen grenzüberschreitenden Austausch ablehnt, stellt eine Gefahr für unsere Wirtschaft dar und schadet unserem Exportstandort in besonderem Maße. Ohne Internationalität leiden die Innovationskraft, die Wettbewerbsfähigkeit und das Image unserer Region.

Gerade in den kommenden Jahren werden unsere Wirtschaft und unsere Sozialsysteme noch stärker auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen sein. Daher wollen wir für ausländische Investoren und Fachkräfte weiterhin attraktiv bleiben sowie noch attraktiver werden. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit darf in unserem IHK-Bezirk kein Raum gegeben werden.“

Meine Damen und Herren,

für uns alle sollte klar sein: Politischer Extremismus ist definitiv der falsche Weg. Das gilt vor allem jetzt in einer wirtschaftlich außerordentlich schwierigen Lage.

Konjunkturelle Lage/Bürokratieabbau

Leider gibt es nichts zu beschönigen, die schlechte Stimmung in der Wirtschaft verfestigt sich immer mehr. Erneut haben wir zur Vorbereitung auf diese Pressekonferenz eine Umfrage unter rund 360 Unternehmen in der Region gestartet.

83 Prozent der befragten Unternehmen sagen, dass ihre aktuelle Lage gut oder befriedigend ist. Im Vergleich zur Umfrage vor einem Jahr ist das aber eine erhebliche Verschlechterung (2023: 89 Prozent). 17 Prozent bewerten ihre Lage als schlecht. Nur vor drei Jahren – auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie – war dieser Wert mit 21 Prozent noch niedriger.

Deutlich verschlechtert haben sich auch wieder die Geschäftserwartungen. Jedes vierte Unternehmen (25 Prozent) stuft seine Zukunftsaussichten negativ ein. Vor etwa zwölf Monaten waren es 17 Prozent.

Alle Prognosen deuten darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft vor dem fünften Krisenjahr in Folge steht. Nach der Corona-Pandemie und dem Energiepreisschock infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine sind es aktuell – man muss es leider so sagen – weitgehend selbstverschuldete Probleme. Auf das Thema Ukraine werde ich gleich noch zu sprechen kommen.

Nie zuvor wurden in den Umfragen so klar die widrigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingen als Risikofaktor Nr. 1 benannt. Damit will ich ausdrücklich nicht verschweigen, dass auch die Energiepreise im internationalen Vergleich immer noch viel zu hoch sind. Wirklich wettbewerbsfähig sind unsere Unternehmen damit nicht.

Aber warum zögern viele Betriebe mit dringend notwendigen Investitionen vor Ort? Weil neben den hohen Energiepreisen auch die Zuverlässigkeit der deutschen Wirtschaftspolitik infrage gestellt wird. Die angekündigte Transformation hin zu erneuerbaren Energien ist voller Widersprüche und erkennbarer Rückschläge. Kaum etwas wissen Unternehmen aber weniger zu schätzen als Ungewissheit.

Wer investiert schon für die kommenden zehn bis 20 Jahre an einem Standort, wenn er nicht weiß, welche Richtung die Politik in zwei Jahren einschlägt?

In unserer Umfrage haben wir gefragt, ob die Unternehmen den Standort für unternehmerfreundlich halten. Mehr als die Hälfte der Betriebe (52 Prozent) hat dies verneint.

Zu den schlechten Bedingungen zählten etwa:

- Hohe Abgaben und Steuern (Gewerbesteuern und allgemeine Steuern)
- Marode Verkehrsinfrastruktur (Staus, Baustellen, Parkplatzmangel, Straßenzustand)
- Schlechter Zustand der Innenstädte (Drogenproblematik, wenig Attraktivität)

Ein Problem hat Dimensionen angenommen, die mittlerweile – endlich! – auch von der Politik wahrgenommen werden. Es geht um die ausufernde Bürokratie. Die Regularien, Auflagen und Vorgaben sind in den vergangenen Jahren fast so stark gestiegen wie die Energiepreise.

Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann war Anfang November 2023 zu Gast in unserer IHK. Er hat selbst vom "Bürokratie-Burnout" des deutschen Mittelstandes gesprochen und schnelle Hilfe angekündigt. Diese Hilfe ist auch dringend notwendig. Denn bisweilen fühlt man sich beim Thema Bürokratie an Schildbürgerstreiche erinnert.

Der Herausgeber der Tageszeitung "Welt", Stefan Aust, hat neulich sehr passend geschrieben, dass aus "Made in Germany" mittlerweile "Mad in Germany" ("Verrückt in Deutschland") geworden sei.

Zwei Beispiele hierzu aus Dortmund, die öffentlich benannt wurden, deshalb kann ich sie hier wiederholen.

Es geht dabei um Genehmigungsverfahren:

Wenn die Firma August Alborn aus Dortmund-Dorstfeld einen neuen Schwerlasttransporter haben möchte, wird eine Genehmigung nach § 70 der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) von der Bezirksregierung Arnsberg benötigt.

Damit nicht genug. Für alle anderen Bundesländer müssen durch die jeweiligen Behörden weitere Genehmigungen erfolgen. Bis ein LKW vom Hof fahren darf, vergehen durch das bundesweite Anhörungsverfahren und der Zulassung mitunter Monate.

Die Dortmunder Volksbank wollte schon vor längerer Zeit eine Photovoltaikanlage auf dem Dach der Hauptgeschäftsstelle platzieren. Doch die Aufstellgenehmigung für den erforderlichen Kran hat über ein Jahr gedauert.

Das bestens bekannte Beispiel von langen Genehmigungen für Windenergieanlagen habe ich erst gar nicht bemüht. Stefan Schreiber wird gleich noch etwas zur Verkehrsinfrastruktur und Autobahnbrücken erzählen. Sie können sich sicherlich bereits denken, was dann kommt ...

Meine Damen und Herren,

wir treten auf der Stelle. Das „Deutschlandtempo“ kommt nicht auf die Straße. Die Wirtschaft will tätig werden, die Unternehmen wollen etwas „unternehmen“ – aber es wird ihnen sehr schwer gemacht.

Kurz zurück zu Justizminister Buschmann: Er hat – das macht uns Mut – seiner Ankündigung Taten folgen lassen.

Das „Vierte Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Bürokratieentlastungsgesetz „BEG IV“), wurde im letzten Monat vom Bundeskabinett beschlossen.

- Verkürzung von Aufbewahrungsfristen
- Abschaffung der Hotelmeldepflicht
- und die digitale Fluggastabfertigung

sind nur einige Beispiele der Entlastungsmaßnahmen.

Dieses Paket entlastet unsere Unternehmen um mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr, allein das BEG IV trägt hierzu fast 1 Milliarde Euro bei. Damit sind die Mesberger Beschlüsse das größte Bürokratieabbauprogramm, das es in Deutschland je gab.

Das Maßnahmenpaket zum Bürokratieabbau ist zwar der richtige Schritt in die richtige Richtung. Aber es reicht bei Weitem nicht aus, die deutsche Wirtschaft in die Spur zu bringen. Und wir dürfen die Bürokratie aus Brüssel nicht vergessen.

Anfang März fand erneut das Deutsch-Afrikanische Wirtschaftsforum NRW in der IHK statt. Das Forum, von der Auslandsgesellschaft NRW, den IHKs und den Auslandshandelskammern veranstaltet, ist eine der wichtigsten Business-Plattformen in Deutschland, wenn es um Geschäfte mit Afrika geht.

Mehr als 300 Gäste aus Deutschland und aus zahlreichen Staaten Afrikas waren vor Ort, darunter auch innovative Startups aus Nigeria, die ihre Geschäftsmodelle vorgestellt haben.

Dieser Austausch funktioniert, das Miteinander funktioniert. Es wird aber durch bürokratische Auflagen erschwert.

Lassen Sie es mich klar sagen: Ich kenne kein Unternehmen, das Kinderarbeit oder die Ausbeutung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gutheißt oder unterstützt. Das verträgt sich nicht mit dem Anspruch, ein ehrbarer Kaufmann zu sein.

Das von der EU neu vorgelegte Lieferkettengesetz beinhaltet Änderungen, die durchaus positiv zu bewerten sind, z.B. dass nur noch größere Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern in den Anwendungsbereich fallen sollen. Dennoch ist es für Betriebe nach wie vor eine große Belastung, weltweite Lieferketten und direkte sowie indirekte Geschäftspartner zu kontrollieren.

Auch leicht abgespeckt bleibt die EU-Lieferkettenrichtlinie wenig praxistauglich und wird viel Bürokratie mit sich bringen. Große Rechtsunsicherheit und Haftungsrisiken für Unternehmen, nicht zuletzt wegen der zivilrechtlichen Haftung, bestehen weiter.

Was aber machen Unternehmen, wenn sie unkontrollierbare Risiken fürchten müssen? Sie werden sich vermutlich aus vielen Regionen in Afrika oder Asien zurückziehen.

Und das kann ganz gewiss nicht im Sinne aller Beteiligten sein. Für die global orientierte Wirtschaft wäre das definitiv ein Rückschritt.

Wir müssen – ganz schlicht formuliert – bei vielen wirtschaftspolitischen Entscheidungen wieder praxisnäher und einfacher werden.

Dieser Appell „Weniger Bürokratie, einfacher werden“ war ein wesentlicher Bestandteil des „Brandbriefes“, denn die vier Spitzenverbände DIHK, BDI, BDA und ZDH im Januar an Bundeskanzler Olaf Scholz geschickt haben. Eine eher ungewöhnliche Aktion, die aber zeigt, wie ernst die Lage mittlerweile geworden ist.

Der Frust und die Verunsicherung bei vielen Betrieben wachsen – und die Verlagerung von industrieller Produktion ins Ausland nimmt zu.

Die zehn Kernpunkte sind:

- Konkurrenzfähige Strompreise schaffen
- Schneller werden bei Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Einfacher werden – Entbürokratisierung
- Prioritäten setzen – in Infrastruktur investieren
- Steuerreform angehen
- Fachkräftesicherung meistern
- Sozialversicherungen zukunftsfest machen
- Gesetzliche Rentenversicherung finanzierbar halten
- Bürokratiearmes Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
- Offene Märkte als Wachstumsschub

Wir sind froh, dass am 22. März – es war eine lange Hängepartie – zumindest der Bundesrat dem Wachstumschancengesetz zugestimmt hat. Jetzt sind Steuerentlastungen und Bürokratieabbau für Unternehmen möglich.

Die Entlastungen mit einem Gesamtvolumen von 3,2 Milliarden Euro sind ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Meine Damen und Herren,

es gab unlängst aber auch Ereignisse, auf die wir sehr gerne zurückblicken. Im Herbst 2023 etwa waren 300 Unternehmerinnen und weibliche Führungskräfte aus ganz Deutschland bei uns zu Besuch. Anlass war der DIHK Business Women Event, den unsere IHK sehr gerne organisiert hat.

Neben Exkursionen zu Unternehmen und Workshops war der Festabend in der Maschinenhalle auf Zeche Zollern mit Ministerin Mona Neubaur sicherlich ein Highlight.

Daran haben wir auch zum Internationalen Frauentag am 8. März dieses Jahres angeknüpft. Zu unserer Veranstaltung „IHK Business Women Lunch“ im Großen Saal der IHK mit rund 90 weiblichen Gästen fortgesetzt.

Unsere Wirtschaft kann es sich nicht leisten, das große Potenzial zu ignorieren oder nicht ausreichend zu würdigen. Und deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Frauen stärker in Führungspositionen bei den Unternehmen kommen und sich vernetzen.

In unserer IHK-Vollversammlung ist mittlerweile jedes vierte Mitglied weiblich und in der IHK-Geschäftsführung sitzen drei Damen. Nebenbei bemerkt: Die Nachfolge in meinem Unternehmen tritt eine junge Frau an, nämlich meine Tochter.

Abschließend möchte ich mit Ihnen noch kurz über unsere Unterstützung für die Ukraine sprechen. Bereits im März 2023 fand die erste Wiederaufbau-Konferenz der Wirtschaft zugunsten der Ukraine statt in Düsseldorf, die seit mehr als zwei Jahren einen heldenhaften Abwehrkampf gegen Russland führt.

Dieser Widerstand beeindruckt uns tief und gleichzeitig empfinden wir tiefes Mitgefühl für alle Ukrainerinnen und Ukrainer. Das Land braucht dringend Unterstützung. Nach Prognosen der Weltbank betragen die Kriegsschäden rund 500 Milliarden Euro, der Wiederaufbau dürfte noch einmal so viel kosten.

Die beste Unterstützung bekommt das Land nicht nur durch militärische Hilfe, sondern auch durch wirtschaftliche Perspektiven und zivile Spendenkampagnen. Im Bündnis #WirtschaftHilft ist die IHK-Organisation seit rund zwei Jahren eine der federführenden Kräfte. Die Auslandshandelskammer in Kiew ist wichtiger Ansprechpartner bei allen wirtschaftlichen Fragen. Und diese Hilfe wird andauern. Die nächste große Wiederaufbau-Konferenz ist für den Juni in Berlin geplant.

Dass die ukrainische Generalkonsulin Iryna Shum vergangene Woche unser Ehrengast beim „Mittagstisch des Präsidenten“ war und uns bewegende Einblicke in den Alltag ihrer Landsleute gab, ist ein klares Zeichen unserer Solidarität.

Und auch als Wirtschaftspartner hat die Ukraine – selbst in diesen schweren Zeiten – sehr viel Potenzial.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!